

Die Einwohnerfragestunde wurde von AV Hanft unter TOP 3 aufgerufen. Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor. Seitens der anwesenden Bürger wurden keine Fragen gestellt. Nach Beschlussfassung des TOP 5 wurde die Einwohnerfragestunde von AV Hanft aufgerufen, da von den anwesenden Bürgern nunmehr Fragen gestellt wurden.

Frage Frau Kuhl, Anwohnerin Maarpfad: Wie wollen Sie es schaffen, diesen sozialen Brennpunkt aus Flüchtlingen und sozialschwachen Menschen nicht zu einem Ghetto werden zu lassen, zumal sich bereits gegenüber das sogenannte „Bunte Viertel“ befindet, welches seit zwanzig Jahren Probleme bereitet?

Antwort: Nach interfraktionellen Gesprächen besteht bezüglich der Standorte zur Flüchtlingsunterbringung noch erheblicher Klärungsbedarf. Es müssen neue Standorte festgelegt werden. Es wird um Geduld gebeten, weitere Gespräche hierzu werden geführt.

Frage Frau Bie...?: Welche Verfahrensweisen werden zur Lokalisation der Flüchtlingsunterkünfte gewählt und wie sieht die Bürgerbeteiligung hierzu aus?

Antwort: Es gibt Befragungen in den einzelnen Ortschaften, unter Einbeziehung der jeweiligen Ortsvorsteher. Bestimmte Voraussetzungen für die Standortbestimmung müssen vorliegen: gewisse Größe, versorgungsnah Standorte und Anbindung an den ÖPNV.

Für den geplanten Standort „Maarpfad“ ist die Größe strittig, daher wird hier zunächst nochmals in der Politik diskutiert. Im Anschluss daran werden die Bürger beteiligt.

Frage: Gibt es Konzepte zur Zentralisierung von Flüchtlingen?

Antwort: Grundsätzlich besteht ein Konsens langfristig die bestehenden Containerlösungen abzuschaffen und Unterbringungsmöglichkeiten innerhalb der Ortschaften zu finden. Es ist jedoch nicht leicht, entsprechenden Wohnraum zu finden, daher werden zentrale Unterbringungsstandorte zurzeit noch benötigt.

Frage Herr Kurth: Aufgrund des geplanten neuen Baugebietes mit Sozialwohnungen im Bereich Maarpfad, Koblenzer Straße und Herseler Straße wird es sicherlich zu weiteren Verschärfungen der Wohnsituation kommen. Welche Maßnahmen sind geplant um dies zu verhindern?

Außerdem wäre eine gerechtere Aufteilung der Flüchtlingsunterbringung in den anderen Ortschaften wünschenswert, da durch die aktuelle politische Situation weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, bzw. Rückführungen stattfinden. Warum reichen die derzeitigen Standorte zur Flüchtlingsunterbringung nicht aus?

Antwort: Es besteht ein ständiger Austausch mit der Bezirksregierung hinsichtlich der mutmaßlichen Zuweisungen an die Stadt Bornheim. Betreffend Haushalts- und Unterbringungsplanungen mussten Prognosen getroffen werden, die ggf. zu korrigieren sind. Es wurden Standorte beschlossen, die jedoch baurechtlich nur für eine gewisse Zeit zulässig sind. Diese Standorte müssen vermutlich ersetzt werden, denn die Container können nicht auf Dauer in den Außenbereich gestellt werden.

Festbauten sollen als Unterbringungslösungen geschaffen werden und bieten auch aus kostenwirtschaftlicher Sicht eine Perspektive für die Nachnutzung. Sozialverträglichkeit spielt eine Rolle und wird auf jeden Fall betrachtet. Allerdings wird nochmals um Geduld gebeten, da hierzu noch intern Diskussionsbedarf besteht.

Frage: Wie lange muss ich Geduld haben, zumal ich gehört habe, dass die Verwaltung bereits dazu angehalten wurde, diese Grundstücke zu kaufen?

Antwort: Die Entscheidung hierüber wird von der Politik getroffen, also von Ihren gewählten Vertretern; das Ganze ist daher auch transparent. Es ist notwendig, dass dieses Jahr noch eine Entscheidung getroffen wird. Dem Rat ist es immer ein Anliegen gewesen, möglichst viele Ortschaften in dieses Konzept miteinzubeziehen.

Frage: Gibt es denn in unserer Stadt einen Ort, der so viele Leute untergebracht hat?

Antwort: Spätestens zur nächsten Ausschusssitzung gibt es eine Aufstellung, was die Unterbringung von Flüchtlingen in den einzelnen Ortschaften angeht.

Roisdorf wurde bislang bewusst von größeren Anlagen ausgenommen. Andere Ortsteile (z.B. Sechtem) sind aktuell teilweise mehr belastet worden.

Frage eines Anwohners betr. Unterbringung von Flüchtlingen

Antwort: Die Verwaltung weist die Flüchtlinge in eine Unterkunft ein. Zur Entzerrung sind bereits einige Flüchtlinge in eine andere Unterkunft umgezogen. Die Kapazitätsmöglichkeit wird hierbei beachtet.

Frage Herr Krause: Wie sieht es mit der Gegenfinanzierung aus?

Antwort: Unterschiedlich, denn sobald Flüchtlinge noch nicht anerkannt sind, finanzieren wir vor. Dafür werden Pauschalmittel ausgezahlt, jedoch sind diese für die Stadt Bornheim nicht auskömmlich. Die Stadt Bornheim verfügt nicht über genug Wohnräume. Politisch wird dies auf Landesebene diskutiert.

Frage betr. Kostenumlegung auf die Bürger:

Antwort: Dies ist eine bundesweite Diskussion. Die Gegenfinanzierung oder die solidarische Finanzierung ist hier nicht auskömmlich. Alles, was darüber hinaus finanziert wird, belastet den Haushalt.

Frage: Hat man genügend Mittel beim Bund beantragt?

Antwort: Seitens der Verwaltung sind vielfältige Anstrengungen unternommen worden, um die Finanzzuweisungen des Bundes und des Landes vollkommen auszuschöpfen. Es gibt weitere Bestrebungen sowohl vom Bund und als auch vom Land, die Finanzhilfen für die Kommunen noch weiter auszudehnen, z.B. wird das 5-Milliarden-Programm in 2017 wirksam.

Frage: Gibt es eine prozentuale Angabe?

Antwort: Es gibt keine prozentuale Regelung. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes wurde dieses Problem nochmal transparent gemacht. Diskussion hier leider schwierig. Es muss zu einer einheitlichen Formulierung aller betroffenen Kommunen kommen.

Frage eines Anwohners betr. Zuweisung der Flüchtlinge

Antwort: Die Verwaltung ist im ständigen Kontakt mit der Bezirksregierung Arnsberg, die die zahlmäßigen Zuweisungen der Stadt Bornheim mitteilt. Die Zuweisungen werden vom Bund auf die Länder und Kommunen heruntergebrochen, daher kann diese Frage nicht auf kommunaler Ebene beantwortet werden.

Frage eines Anwohners betr. Austausch der Schulen mit Rücksicht auf Sozialraumbetrachtung mit möglichst gleichmäßiger Verteilung der Flüchtlinge

Antwort: Mit den Schulen ist man im ständigen Austausch bezüglich der Unterstützung. Es wird auf die Standorte Rücksicht genommen. Der Sozialraum wird in allen Ortsteilen von Bornheim betrachtet, um eine stabile Grundlage für die Integration zu schaffen. Verschiedene unterstützende Maßnahmen laufen. Darüber hinaus ist man auch mit den Kindergärten in Diskussion.

Frage Herr Grings: Wurde bei der Standortfindung für den Standort Roisorf „Maarpfad“

berücksichtigt, dass dieser Standort direkt an einer alten Grube liegt? Durch die für eine Festbauweise erforderlichen Erdbewegungen könnte dies zu Problemen führen (Altlasten etc.)

Antwort: Ihre Frage wird mitgenommen und in der nächsten ASS-Sitzung beantwortet.